



*Schritt*macher

Zeitung der DKP Berlin für die Beschäftigten im Gesundheitswesen *August 2019*



➤ **Ein ganzes Jahr hatte sich der „rot-rot-grüne“ Senat in Berlin Zeit gelassen, um über das eingereichte Volksbegehren für mehr Personal in Krankenhäusern zu entscheiden. Offenbar wollte man abwarten, bis die Bundesregierung durch neue Personalschlüssel in Teilbereichen der Kliniken Fakten geschaffen hat. Vorgeblich teilte der Berliner Senat das Anliegen des Volksbegehrens, das nahezu zeitgleich mit ähnlichen Inhalten auch in Hamburg und Bayern begonnen worden war. Dennoch war zu keinem Zeitpunkt eine Bereitschaft der Senatsverantwortlichen erkennbar, den Personaleinsatz in Kliniken auf Landesebene zu steuern. Im Klinikbereich ist das Land nach wie vor der größte Eigentümer, trotz aller „Entstaatlichung“ durch**

Rechtsformänderungen, Ausgründungen und Umstrukturierung der Hochschulmedizin in den letzten 20 Jahren.

Und nun die Ablehnung: Vieles sei schon mit den Personaluntergrenzen geregelt, heißt es zur Begründung. Das Land habe keine Regelungskompetenz auf diesem Gebiet. Und über die Forderungen seien Bereiche unzulässigerweise gekoppelt, nämlich Reinigung und Pflegepersonal. Genau darauf berief sich kürzlich das Hamburger Landesverfassungsbericht in seiner Ablehnung. In Berlin gibt es noch keine gerichtliche Entscheidung. Offen ist nun, ob es in Berlin zur nächsten Stufe des Volksbegehrens und danach zum Volksentscheid kommen kann. Öffentlicher Druck wird bitter nötig sein, um jetzt im Kampf um mehr Personal im

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



SOLIDARITÄT MIT DEN GEKÜNDIGTEN DER UNI-KLINIK DÜSSELDORF

Die Uni-Klinik Düsseldorf hat, anstatt die Vereinbarung zur Entlastung ordentlich umzusetzen, nun zwei aktiven Kolleginnen gekündigt und Teslime, ein gewerkschaftlich aktives Mitglied des Personalrats, angezeigt und Hausverbot erteilt. Ihr soll ebenso gekündigt werden.

Die Klinikleitung behauptet, die beiden Frauen hätten Teslime, die seit 40 Jahren im Betrieb ist, vor 4 Jahren Geschenke gemacht, um Vorteile zu haben und Teslime hätte diese angenommen. Alle drei bestreiten dieses vehement. Zudem soll Teslime Bewerbern gesagt haben, nur Gewerkschaftsmitglieder hätten eine Chance, eingestellt zu werden. Alles Humbug, sagt ver.di, und fordert mit einer Unterschriftensammlung „Solidarität mit Teslime und den gekündigten Kolleginnen!“:

Ziel sei die sofortige Rücknahme der Kündigungen der zwei Kolleginnen und der Kündigungsandrohung gegen Teslime Özdemir sowie die sofortige Rücknahme des Hausverbots und die vollständige Rehabilitation aller Betroffenen von den ungerechtfertigten Vorwürfen!



„BESTES KLINIKUM“ MIT ABRECH- NUNGSSKANDAL

Das Wochenmagazin "News-week" ernannte die Berliner Charité in einem internationalen Ranking zum fünftbesten Krankenhaus der Welt. Ausschlaggebend sei die Führung bei der Versorgung der Patienten, eine Anpassung an gegenwärtige Herausforderungen und das internationale Renommee. Laut "Newsweek" belegte die Charité im Nationenranking in Deutschland sogar Platz 1. Hierbei waren auch die Patientenzufriedenheit sowie Daten zur Qualität – wie etwa bei der Hygiene – wichtig. Mit der Patientenzufriedenheit dürfte es aber zumindest bei denen, die vom Abrechnungsskandal der Charité betroffen sind, nicht so weit her sein. Die Rechnung an Patienten mit erfundenen Institutennamen und die Lücken beim Umsetzen von Datenschutzregeln machen der Charité weiterhin Probleme wie Medien berichteten. Zudem haben die Krankenkassen jede vierte Rechnung wegen inhaltlicher Mängel angefochten. Außerdem geht aus der Antwort auf eine Anfrage von Marcel Luthe (FDP) hervor, dass über ein erfundenes Institut unter dem Namen eines Charité-Arztbes offenbar in großem Maßstab Labor-Diagnostik abgerechnet wurde, die anscheinend jedoch kaum von ihm selbst erbracht wurde. Der Politiker monierte auch gegenüber der Presse, dass er nicht die ihm zustehende Auskunft bekommen habe, wer aus welchen Gründen auf seine Patientendaten Zugriff gehabt habe und vermutet dahinter wirtschaftlicher Interessen.

Die Gesundheitsversorgung muss im Dienste der Menschen stehen und nicht im Dienste der Profite

» Fortsetzung von Seite 1

Krankenhaus voranzukommen. Im vergangenen Jahr konnte die erforderliche Unterschriftenzahl weit übertroffen werden, trotz überschaubarer Kampagnentätigkeit. In allen Bundesländern, wo ähnliche Ansätze verfolgt werden, zeigt sich große Zustimmung bei den Beschäftigten, Patienten und in weiten Teilen der Bevölkerung. Das macht Mut zum Weitermachen. Das hat sich das Hamburger Bündnis nach dem Gerichtsurteil auf die Fahnen geschrieben. Genauso gilt das für das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus.

Quelle:

Heiko Schmidt, UZ vom 12. Juli 2019

Nachtrag der Schrittmacherredaktion:

Auch das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus gibt nicht auf und geht optimistisch in die juristische Auseinandersetzung vor den Berliner Verfassungsgerichtshof. Das wird weiterhin viel Geduld und die Unterstützung vieler Menschen erfordern. Doch gute Pflege darf auch in Berlin nicht verboten sein! Mehr Personal ist besser für Alle! Scheinbar hat die Bertelsmann-Stiftung, deren Vorstandsfrau Mohn im Aufsichtsrat des privaten Krankenhauskonzerns Rhön AG ist, eine Antwort auf den Personalmangel. Aus einer Mitte Juli 2019 von Bertelsmann veröffentlichten Studie geht hervor, dass mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland geschlossen werden könnten. Und weniger Krankenhäuser würden weniger Personal benötigen. Davon abgesehen, dass bereits jetzt besonders im ländlichen Raum die medizinische Grundversorgung nicht überall gesichert ist, weil z.B. Hausärzt*innen fehlen und Geburtshilfestationen geschlossen wurden, würden sich

die Wege zum nächst erreichbaren Krankenhaus verlängern und das kann lebensbedrohlich werden oder zu Gesundheitsschäden führen. Seit Jahren bedrohen die Fallpauschalen die Existenz der Krankenhäuser und kommen die Länder ihren Investitionsverpflichtungen nur unzureichend nach, doch all das spielt in der Bertelsmann-Studie keine Rolle. Hier stand vor allem die Wirtschaftlichkeit der Versorgung im Vordergrund. Die Gesundheitsversorgung muss aber im Dienste der Menschen stehen und nicht im Dienste der Profite, denn Gesundheit ist keine Ware.



AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr -19 Uhr
Mail: info@dgp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



🐾 **Die Charité stellt sich ihrer Vergangenheit. Gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand veranstaltete die Charité im Mai dieses Jahres eine wissenschaftliche Tagung mit dem Titel „Informieren. Mahnen. Ehren. Gedenken.“**

Neben der Auseinandersetzung mit den Forschungsfragen des Anatomischen Instituts während des Faschismus wurde insbesondere das grausame Wirken des damaligen Leiters des Instituts, Hermann Stieve, offenbart. Wie auch viele andere leitende Mediziner der Charité und der Friedrich-Wilhelms-Universität forschte Stieve im Dienste der Faschisten. Der Gynäkologe quälte seine Opfer zuerst seelisch und arbeitete mit deren Henkern zusammen, um über den Einfluss von Angst und Schrecken auf die Keimdrüsen der Menschen und insbesondere auf die Fruchtbarkeit von Frauen zu forschen. Nach ihrer Hinrichtung fertigte er aus deren Organen mikroskopische Präparate an. Dafür nutzte er Organe von Opfern des Faschismus aus dem Strafgefängnis Berlin-Plötzensee und dem KZ Ravensbrück. Besonders oft handelte es sich um Organe von umgebrachten jungen Frauen des deutschen Widerstandes. Eine von ihnen war die 22-jährige Cato Bontjes van Beek, die von den Faschisten zum Tode verurteilt wurde, weil sie an der Herstellung und Verteilung von Flugblättern

mitgewirkt und Verfolgte versteckt hatte sowie französischen Kriegsgefangenen und ukrainischen Zwangsarbeiterinnen half. Während Menschen wie Cato für ihren Widerstand gegen den Faschismus grausam hingerichtet wurden, wurde Stieve auch nach 1945 für seine mikroskopischen Präparate, deren Zahl, Güte und Vollständigkeit geehrt.

Im Jahre 2016 fanden sich in seinem Nachlass mehr als 300 mikroskopische Präparate, die auf seine Forschungsarbeiten während des Faschismus an den erwähnten Opfern zurückgeführt werden konnten. Mit der Bestattung der mikroskopischen Präparate im Mai 2019 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof im Rahmen einer Gedenkfeier und einer interreligiösen Zeremonie wollte die Charité dazu beitragen, den Opfern ein Stück ihrer Würde zurückzugeben. Auf der Gedenktafel ist zu lesen: „Im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee wurden während der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 mehr als 2800 Menschen durch das Fallbeil oder den Strang ermordet. Die meisten von ihnen wurden danach im Anatomischen und Anatomisch-biologischen Institut der Berliner Universität zu Forschungs- und Lehrzwecken seziiert. Mehr als 300 der dabei entstandenen mikroskopischen Präparate, zumeist von Frauen, wurden 2016 im Nachlass des Anatomen Hermann Stieve aufgefunden. Sie wurden hier am 13. Mai 2019 bestattet.“



EINHEIT BRINGT ERFOLGREICHEN TARIFABSCHLUSS AN DER UNI-KLINIK MAINZ

Nicht nur, dass es bereits in der zweiten Verhandlungsrunde ein Ergebnis gab, war an dieser Tarifrunde bemerkenswert. Auch die Gehaltssteigerungen selber sind es: Pflegekräfte und Hebammen machen teilweise einen Gehaltssprung von 20 Prozent und mehr.

Entscheidend für den Erfolg war die intensive Rückkopplung mit und Einbeziehung von den Teamdelegierten (Tarifberater). Wichtig war auch deren Entscheidung, zum Beispiel kein Ergebnis zu akzeptieren, das nur einen Teil der Pflegekräfte bessergestellt und andere benachteiligt hätte. Der Arbeitgeber hatte ursprünglich beim Treuebonus etwa nur die Pflegekräfte in der direkten Pflege berücksichtigen und bei anderen Berufsgruppen kürzen wollen. Das konnte abgewendet werden. Einigkeit macht stark und hat einen wichtigen Schritt zur Aufwertung der Pflegeberufe ermöglicht.

Die Beschäftigten der Uniklinik Mainz haben schon ein nächstes Ziel im Blick: die Durchsetzung von mehr Personal und Entlastung.

Das wird alle Kraft kosten und ein Hochmaß an Organisation der Beschäftigten brauchen, um hier Regelungen durchzusetzen. Denn der Widerstand von Politik und Arbeitgebern an diesem Punkt ist groß, wie die Erfahrung gelehrt hat.

SOMMER - SONNE KOMMUNISMUS

.. so lautet das Motto 2019 des internationalistischen Sommerfestes der DKP Berlin.

In verschiedenen Runden stellen wir unsere Positionen zu Mieten, Gesundheit und Friedenspolitik vor. Ein Interview zu den Bedingungen und Kämpfen im Gesundheitswesen unter dem Motto „Gesundheit als Ware? Das ist doch krank! Keine Profite mit der Gesundheit.“ wird die Situation der Beschäftigten in den Krankenhäusern und der ambulanten Pflege diskutieren.

Außerdem wird es eine Ausstellung der Künstlergruppe Tendenzen geben. Des Weiteren gibt es einen Bücherbasar, Kinderprogramm und vieles mehr. Dazu gibt es Kuchen, Deftiges vom Grill, Salate und natürlich Getränke. Die musikalische Bühne bereichern Lautaro mit Musik aus Chile, die Berliner Folk-Punk-Band „The Pokes“ sowie Musicalle mit Musik aus Lateinamerika.

WANN:
SAMSTAG, 24. AUGUST
2019, 14:30 UHR BIS 22 UHR

WO:
WEBERWIESE IN
FRIEDRICHSHAIN



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dcp-berlin.info

Web: www.dcp-berlin.info

Vi.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Am Wahlabend zur EU-Wahl war – wie auch schon bei den letzten Wahlen – klar, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Wähler rechts gewählt hat. Dabei haben Werktätige, die gewerkschaftlich organisiert sind, zu etwa zwei Prozent über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung die AfD gewählt. Eine Partei in der der faschistische „Flügel“ immer stärker wird.

Was sind die Argumente?

„Die kümmern sich um die Belange des kleinen Mannes“ Wer auch nur einmal einen Blick in die Programme, Dokumente oder Aussagen der AfD getan hat und nur ein wenig in der Lage ist, das Gelesene in die Realität umzusetzen, muss feststellen: Sozial ist anders! Die AfD handelt gegen die Interessen der Werkstätigen.

Ein paar Beispiele:

Auflösung der Bundesagentur für Arbeit und Aufgaben an die Jobcenter

Das ist nichts anderes als die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen und eine Rückkehr zur Armenverwaltung der Weimarer Republik. Damit zahlen die Werkstätigen die Zeche der Unternehmen, denn schließlich sind sie es, die Werkstätige „freisetzen“. Letztlich verdienen hier die Versicherungskonzerne, denn es läuft auf eine Privatisierung der Arbeitslosenversicherung hinaus. Wer es sich leisten kann, ist auch abgesichert! Alle anderen gehen leer aus.

Abschaffung von Erbschaftssteuer und Gewerbesteuer, Obergrenze für Steuern.

Die Freigrenzen der Erbschaftssteuer sind so hoch, dass normale Werkstätige bzw. die Erben keine Steuern zahlen. Von der Abschaffung profitieren also allein die richtig Reichen. Die Gewerbesteuer ist trotz zahlreicher Veränderung eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen. Auch hier sind die Grenzen so gesetzt, dass nur noch wenige Unternehmen von dieser Steuer betroffen sind. Gleichzeitig sollen die Kommunen die Arbeitslosen versorgen – also mehr Aufgaben und weniger Geld für die Kommunen. Eine Obergrenze bei Steuern dient nur den Reichen, wer darüber liegt, zahlt damit weniger Steuern.

Altersrente soll allein von den Beitragsjahren abhängig sein

Das bedeutet, dass die Werkstätigen auch bis über 70 Jahre arbeiten müssen. Denn jeder kann sich ausrechnen, was es heißt, 45 Beitragsjahre zu erreichen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und unsicherer Beschäftigung durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, kommen schnell einige beitragslose Jahre zusammen. Nun hört man, dass viele Wähler die AfD aus Protest wählen. Aber was ist das für ein Protest, mit dem man sich selbst um seine Rechte bringt. Mit ihrer Demagogie gegen Minderheiten und vermeintlicher Überfremdung verschleiert die AfD ihre wahren Ziele: Mehr für die Reichen! Sozial ist anders!